

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Brunner, Freundinnen und Freunde

betreffend 15.000 neue, krisensichere Grüne Arbeitsplätze im Jahr 2010

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Industrie über den Antrag 686/A der Abgeordneten Dr. Martin Bartenstein, Wolfgang Katzian, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Ökostromgesetz geändert wird (272 d.B.)

Österreich hat dringenden Handlungsbedarf:

- *Beim Klimaschutz:* Im Dezember 2009 findet die entscheidende internationale Klimakonferenz in Kopenhagen statt. Österreich zählt nicht zu den Vorreitern, sondern ist – ganz im Gegenteil – eines der EU-Schlusslichter. Österreich muss seine CO₂-Emissionen gemäß EU-Vereinbarung im Zeitraum 2008 - 2012 um 13% unter das Niveau von 1990 senken. Im Jahr 2007 lagen die Emissionen um 11,3% über dem Niveau von 1990.
- *In der Energiepolitik:* Österreich ist zu mehr als 70% von Energieimporten abhängig und bezahlt jährlich 12 Mrd. Euro bezahlt für fossile Energieimporte. Durch Investitionen in Ökoenergien könnte Österreich den Eigenanteil an der Strom- und Wärmeproduktion deutlich steigern, die Auslandsabhängigkeit reduzieren, Arbeitsplätze schaffen und Österreichs Wirtschaft stärken.
- *In der Wirtschaftspolitik:* Bis zu 400.000 Menschen werden im Jahr 2010 ohne Arbeit sein, das ist der höchste Wert seit 1946. In der Ökoenergiebranche werden aber – mitten in der Wirtschaftskrise – neue, krisensichere Jobs geschaffen, in Deutschland, Tschechien, Spanien, den USA. Nicht in Österreich, mit wenigen Ausnahmen, wie beispielsweise in Oberösterreich. Weltweit verzeichnete die Photovoltaik-Branche im Jahr 2008 ein Rekord-Wachstum von 117%. In Europa sichert die PV-Branche mittlerweile ca. 100.000 hochwertige Arbeitsplätze. Deutschland ist Weltmarktführer, Spanien ist Rekordhalter bei den Zuwachsraten, auch die Märkte in Italien, Frankreich, Belgien und Portugal entwickeln sich stark. Nur in Österreich herrscht Sonnenfinsternis. Weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen.

Das Ökostromgesetz war ein Herzstück der österreichischer Klimaschutzpolitik, in den Jahren 2003 bis 2006 wurden hunderte Anlagen pro Jahr errichtet. Durch die Gesetzesnovelle 2006 wurde der Öko-Aufschwung gestoppt. Beispiel Windkraft: In den Jahren 2003 bis 2006 wurden durchschnittlich 100 Anlagen pro Jahr errichtet. Im Jahr 2007 wurden nur zehn Windkraftanlagen, im Jahr 2008 gar nur mehr sieben Anlagen errichtet. Heuer wird kein einziges Windrad aufgestellt werden. Ähnlich sieht es auch bei anderen Ökostromanlagen aus. Es herrscht Flaute. Auch die aktuelle Gesetzesnovelle bringt keine spürbaren Verbesserung für die Ökoenergiebranche. Stattdessen steigen die Atomstromimporte nach Österreich.

Ein funktionierendes Ökostromgesetz kann einen zentralen Beitrag zum Klimaschutz und Versorgungssicherheit leisten und schafft großartige Chancen für die Wirtschaft und zehntausend neue Arbeitsplätze in Österreich. Der Ausbau Erneuerbarer Energie bringt regionale Wertschöpfung und schafft sichere Arbeitsplätze. Dazu braucht es aber ein **Ökostrom-FÖRDERUNGS-Gesetz** nach Vorbild des deutschen Erneuerbaren-Energie-Gesetzes (EEG), das in den letzten Jahren 280.000 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert hat.

Der Ansturm auf die **Investitionsförderung des Klimafonds für kleine Photovoltaikanlagen** hat gezeigt, dass die ÖsterreicherInnen ihre Energieversorgung selbst in die Hand nehmen wollen und unabhängig werden wollen. Innerhalb kurzer Zeit haben sich im August 2009 mehr als 10.000 Haushalte für eine Förderung beworben. Aufgrund der geringen Mittel von nur 18 Mio. Euro werden nur 1.500 tatsächlich eine Förderung erhalten.

Der mit 100 Mio. Euro dotierte **Sanierungsscheck** im Rahmen des Konjunkturpakets II der Bundesregierung hat das große Interesse der ÖsterreicherInnen an thermischer Sanierung gezeigt. 10.000 Haushalte konnten saniert, 90% der Heizkosten je Haushalt reduziert und 7.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Bundesmittel für die Althaussanierung waren mit Anfang Juli 2009 ausgeschöpft.

Angesicht der Klimakrise und der Krise am Arbeitsmarkt ist ein Grünes Job-Paket ein Gebot der Stunde. 15.000 krisensichere Jobs könnten dadurch schon für das Jahr 2010 geschaffen werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Wirtschaft, Jugend und Familie sowie der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft werden aufgefordert, umgehend ein Grünes Job-Paket zur Schaffung von 15.000 krisensicheren Arbeitsplätzen auf den Weg zu bringen:

1. Alle Haushalte, die eine Sonnenstromanlage errichten wollen, sollen dafür auch eine Förderung erhalten. Die Investitionsförderung für private Photovoltaikanlagen bis 5 kWpeak soll im Rahmen des Klimafonds um 100 Mio. Euro angehoben und dafür das Budget des Klimafonds in den Jahren 2009 und 2010 um jeweils 50 Mio. Euro aus Bundesmitteln erhöht werden.
2. 10.000 Haushalte sollen eine Bundesförderung zur Sanierung ihrer Häuser erhalten. Dazu soll die Bundesregierung einen zweiten Sanierungsscheck in der Höhe von 100 Mio. Euro zur Verfügung stellen.
3. Das Ökostromgesetz zum Jobmotor machen:
 - a) In einem ersten Schritt soll der Förderdeckel im Gesetz von derzeit 21 auf 50 Mio. Euro angehoben werden.
 - b) Bis September 2010 soll das Ökostromgesetz nach Vorbild des deutschen EEG völlig neu gestaltet werden (u.a.: längere Förderlaufzeiten, Wegfall des Förderdeckels, Steigerung der Fördereffizienz etc.), um in den kommenden Jahren zehntausende neue, grüne Jobs zu schaffen
 - c) Die per Verordnung des BM für Wirtschaft, Jugend und Familie festzulegenden Einspeisetarife für Ökostromanlagen sollen – insbesondere im Bereich Windkraft - auf europäisches Niveau angehoben werden.


